

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
Für Preußen incl. Zempel-
steuer 2 1/2 Sgr. für die
übrigen Deutschen Staaten
1 1/2 Sgr. pro Quartal.
Monats-Abonnements
werden bei allen Deutschen
Postanstalten auf den 1ten
u. 3ten Monat und auf den
3ten Monat besonders an-
genommen, im Kgr. Sachsen
u. Herz. Sachl. Altenburg
auch auf den 1ten Monat
à 5 1/2 Sgr. angenommen.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Bergnügungs-Anzeigen mit 2 Sgr. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 118.

Sonntag, 30. November.

1873.

Reichstagswahl.

Als Reichstagskandidaten unserer Partei sind ferner aufgestellt:
Witten a. d. R.: Hugo Hillmann.
Erfeld: Carl Henning.
Wärzburg: Carl Grillenberger.
Marburg: B. H. Schueker.
Langenbielau: August Kühn.
Gressemünde: Theodor Nord.
Elberfeld-Barmen: Johann Jacoby.
Hamburg: August Geib.

Ueber letztere Candidatur wurde am 24. November von den Hamburger Parteigenossen Beschluß gefaßt, nachdem mit der Opposition des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins unter Präner eine Verständigung getroffen worden war, dahin lautend, daß Geib in dem einen und Präner in dem andern Hamburger (städtischen) Wahlkreise aufgestellt werden soll. Der Hagenleber'sche Allgemeine deutsche Arbeiterverein stellt in Hamburg, und zwar in allen drei Kreisen, Hartmann auf. Außerdem will die Börsepartei mit folgenden Kandidaten hervortreten: Kaufmann und Gründer Zacharias, Advokat Dr. Banks und Advokat Dr. Wolffsohn. Letztere beiden saßen bis vor Reichstags. Die demokratisch-klein-gewerbliche Fraktion des Hamburger Bürgerthums möchte nicht minder gern mit eigenen Kandidaten, etwa Herrn Bivis und Herrn Dr. Wer aus dem Gängeviertel, an's Licht treten, wenn sie nur wüßte, daß sie siegte. Nur nicht zaghaft, meinen wir, in den Wahlurnen ist noch Platz genug für die Stimmzettel eines vierten Kandidaten.

Wahlaufrufe und Flugblätter werden vom Landes-ausschuß in Dresden besorgt und erscheinen in kürzester Zeit. Die Bezirks-, Agitations- und Wahlcomit's wollen sich daher in dieser Sache an den Landesauschuß wenden. Adresse: J. Auer, Dresden, Große Bräutigasse 12, 2 Tr.

Wieder der „alte Frige“.

Der „Restor“ der Fortschrittspartei, Herr Frig Hartort, bekommt manchmal, so dünkt uns, in seinen alten Tagen einen sogenannten moralischen Regenjammer. In dieser „Gemüthsstimmung“ fühlt er sich berufen, der Arbeiterklasse Moral zu predigen, und da Alter vor Thorheit nicht schützt, so kommen in diesen Moralpredigten sehr oft Dinge vor, die theils unser Staunen, theils unsere Heiterkeit erregen.

Selbstverständlich ist der alte Frige gar sehr erbozt über die „Kohheit“ der arbeitenden Klasse und in seinen Predigten liest er ganze Kapitel über diesen Text, welche dann im Abzugskanal für die Ausflüsse seines Geistes, in der Berliner „Volkszeitung“, das Licht der Welt erblicken. So lesen wir in Nr. 278 dieses Blattes eine vom „alten Frigen“ aufgestellte „Brutalitätsstatistik“, b. h. ein Verzeichniß von Gewaltthaten und Ausbrüchen menschlicher Leidenschaft. Er zählt in Westphalen und Rheinland für den Monat Oktober 1873 nachstehende Fälle auf:

- „Hörte: Bergmann Große auf offener Straße tödtlich niedergestochen.
- Krenberg: Vor einer Schenke 13 Personen mit Messern und Revolvern im Gefecht. Folgen, 4 Messerstiche.
- Eine andere Partei Gefecht mit 4 Mißgabeln.
- Vormund: Ein Vater im Hause seines Sohnes sticht dessen schwangere Frau in die Seite.
- Ein Strolch verwundet einen Gend'arm mit einem Steinwurf und einen Schneider mit einem Naachstod.
- Ein Hausfriedensbruch.
- Brakel: Eine Bande von 20 Mann demolirt die Wirthschaft Alberg, läßt das Bier aus dem Faß laufen.
- Essen-Vorbed: 4 junge Burken überfallen einen ruhig gehenden Mann. Aufkommen beweiselt.
- Wahlreit: Stich mit dem Messer.
- Hardenberg: Ein junger Burke ersicht mit dem Messer den Geliebten seiner Schwester.
- Werden: Einem Schneider den Kopf tödtlich zerschlagen.
- Erfeld: Tödtlicher Messerstich.
- Witten-Ardey: Ein Reservist mißhandelt seine alte Mutter so stark, daß Nachbarn einschreiten.
- Ein alter Mann ebenfalls gemißhandelt und gesteinigt.
- Appelshusen: Streit um eine Cigarettenspitze, deren Besizer der Bauch aufgeschritten.
- Münster: Schwurgericht. 1 Fall Mord, 1 Fall schwere Körperverletzung, 1 Fall Aufruhr.
- Barmen: Auf dem Hofsfelde ein Weber mit 37 Messerstichen ermordet.
- Köln: Königshalle. Ein Mann ermordet. Ein Mann schwer verwundet.
- Neuwied-Korbach: Ein Mann erstochen. Die achte Obduktion in 1873.
- Wetter: Telegraphen-Bureau demolirt.
- Barop-Homburg: 1 Fall Messerstich, Kopf und Rücken. 1 Fall bedeutende Schußwunden, 1 Fall bedeutende Schnittwunden, 1 Messerstich in den Unterleib, Tod an demselben Tage.

Biliger Weise sollte man nunmehr erwarten, daß der „alte Frige“, da ja seine Angaben zum Theil sehr ungenau sind, auf den Grund der Sache eingehen, ihre Entstehung nachweisen und zu erforschen suchen würde, mit welchen Mitteln solcher Verwilderung zu steuern sei. Das thut er aber bei Peibe nicht und bleibt manchmal apokryphisch dunkel. Was heißt z. B. „Gefecht mit 4 Mißgabeln“? Ein Mißgabelschlechter kann so gut in seinem Rechte sein,

wie ein Krassiersäbelschlechter. Und 4 Mißgabeln haben eine unend-lich größere ökonomische Bedeutung, als 4 Krassiersäbel.

Dies scheint indessen der „alte Frige“ nicht einzusehen, denn wie aus einer Bemerkung hervorgeht, die er seiner „Brutalitätsstatistik“ angehängt hat, ist es seine Ansicht, daß solche Zustände nur mit dem Säbel, d. h. der Polizei beseitigt werden können. Er krönt sein Gebäude von „Brutalitäten“ indem er ausruft:

„Dem Banditenwesen mit Messerstechen muß schleunigst ein Ende gemacht werden durch strengere Geseze oder durch schärfere Handhabung derselben. — Die Kriminalstatistik ergibt, daß die meisten dieser Verbrechen durch junge Leute begangen werden; das sind die Böglinge der Regulative! — Bessere Elementarschulen und obligatorische Fortbildungsschulen sind ein schreiendes Ver-dürfniß. — Verstärkte Polizei, bessere Kontrolle der nächst-lichen Kneiperereien und dergleichen!“

Der Brutalität soll also durch Brutalität abgeholfen werden!

Nun, Frig Hartort will die Schule verbessert haben! Da geben wir ihm Recht und wäre seine Partei, als sie im preussischen Parlament die Majorität hatte, nicht zu feig gewesen, eine energische Forderung an die Regierung zu stellen, wäre sie „un-höflich“ genug gewesen, darauf hinzuweisen, daß die Civilliste des preussischen Königs gerade doppelt so viel beträgt, als die für die Schule angesetzte Summe, so könnte die preussische Schule viel-leicht heute besser daran sein. Darum hat es Hartort nicht nöthig, über die reaktionären Stiehl'schen „Regulative“ (Schulverordnungen) zu jammern. Die „Regulative“ tragen die Schuld mit, aber zum kleineren Theil.

Und was sagt denn Frig Hartort zu der „Brutalitäts-statistik“ der preussischen Kriege. Hat er sich notirt, wie viele „Brutalitäten“ 1866, 1870 und 1871 vorgekommen sind? Wer hat mehr Opfer gefordert, die Mißgabel oder der Säbel? Wer hat mehr Blut vergossen, das Taschenmesser oder das Bündnabelgewehr? Wer hat mehr „demolirt“, der ge-schleuderte Stein oder die Krupp'sche Kanone? Der Tag von Mars la Tour kostete 17000 Preußen. Welch eine Kleinig-keit gegen die von Hartort aufgeführten Thatfachen, daß „eine Partei mit 4 Mißgabeln geschoten“ oder eine „Bande von 20 Mann“ hat das Bier einer Wirthschaft auslaufen lassen!“

Also, „alter Frige“, laßstig erst den riesigen Balken ins Auge gefaßt, bevor es an die Splitterrichterei geht!

Und die ungeheuren „Brutalitäten“ des Kriegs, sollten sie nicht ihren Rückschlag ausüben auf die Zeit des Friedens? Die Hand, die auf dem Schlachtfelde „mit Gott für König und Vater-land“ Menschenblut vergossen, warum soll sie zurücktreten, menschlichen Leidenschaften zu Liebe am Wirthshauslich Blut zu vergießen? Die Brutalitäten des Kriegs sind es, welche eine Ver-rohung des Volksgesistes herbeiführen, zu welcher es die Stiehl'schen Regulative nie bringen können.

Aber die Sache geht noch tiefer. Die Ausbeutung des Prole-tariats durch die besitzende Klasse, die Klassenherrschaft läßt es nicht zu, daß das Volk eine Bildung empfangt, die es vor Messer-stichen und Mißgabeln bewahre und die Bourgeoise weiß, warum sie dem Volke diese Bildung vorenthält. Dieselbe Bildung, welche vor Messerstichen schützt, macht Krupp und Dreyse zu Schanden, dieselbe Bildung stützt auch das Lohnsystem. Darum muß sie der arbeitenden Klasse vorenthalten werden und Herr Hartort mag sagen was er will: Die Bourgeoise, der er selbst angehört, muß das Volk in dem Zustand erhalten, wo es sich mit Messern sticht; sonst ist sie verloren!

Die Messerstiche werden aufhören und die Bourgeoise wird verloren sein. Dahin drängt die Entwicklung und daran ändert Hartort's Judasruf nach „Verbesserung der Schule“ gerade so wenig wie sein Stiehereruf nach verstärkter Polizei.

Erst die ungeheuerste „Brutalität“, den Massenmord, abge-schafft; seid ihr so weit, dann hat Frige Hartort kein Material mehr für „Brutalitätsstatistik“!

Bourgeois-Christlichkeit.

Vergangene Woche fand in Leeds (England) eine Conferenz der „Nationalen Bergarbeiter-Affoziation“ (National Miners' Asso-ciation) statt. Dieselbe war von zahlreichen Delegirten der Zweige, die zusammen 130 000 Arbeiter vertraten, besucht und führte zu einer weiteren Kräftigung dieser Gewerkschaft, welche bekanntlich nebst der „Bereinigten (Amalgamated) Bergarbeiter-Affoziation“ die englischen Bergarbeiter, namentlich die Kohlengraber umfaßt, so daß dieselben jetzt die gewaltigste disziplinierte Armee bilden, über die das englische Proletariat, überhaupt das Proleta-riat, verfügt. In dem schriftlichen Bericht, den der Präsident der „Nationalen Bergarbeiter-Affoziation“, Dr. Alexander Mac-donnell, erstattete, wurden sämtliche von den Arbeitgebern gegen die Bergarbeiter erhobenen Beschuldigungen sogleich widerlegt, und insbesondere die Verlogenheit der Behauptung nachgewiesen, daß die gegenwärtigen hohen Kohlenpreise die Folge der „extravaganten“ (übermäßigen) Lohnforderungen und Löhne der Arbeiter seien. „Die Anklage“, heißt es in dem Bericht, der beiläufig von einer besonders dazu niedergesezten Commission verfaßt ist, „die An-klage, daß die Kohlenarbeiter „das Geschäft aus dem Lande trei-ben“, wird am Schlagendsten durch die Thatfache widerlegt, daß „das Geschäft“ nicht „aus dem Lande getrieben ist, und von den Lohn erhöhungen nicht im Geringsten gelitten hat. Während des vorigen und des laufenden Jahrs war und ist der Verbrauch im Inneren ein beispiellos großer, die Ausfuhr von einer vorher nie-

mals erreichten Höhe. Die Ausfuhr speziell an Kohlen hat so zugenommen, daß Alarmisten deshalb eine baldige Erschöpfung unserer Kohlenfelder befürchten; wie dem auch sei, jedenfalls zeigt diese kolossale Ausfuhr, daß trotz der hohen Preise für die englischen Kohlen im Ausland noch kein billigeres Brennmaterial entdeckt worden ist. — Weichherzige Menschenfreunde haben von der Schuld gesprochen, die wir dadurch auf uns laden, daß wir jetzt beim Nahen des kalten unbarmherzigen Winters durch unsere aussehwei-fenden Lohnforderungen den armen Leuten das Heizmaterial ver-theuern. Nun, nicht weniger nothwendig als die Feuerung ist Nahrung und Kleidung. Warum richten diese Menschenfreunde nicht ihre Anklagen auch gegen die Bäder, Fleischer, Tuchhändler u. s. w., die sämmtlich mit den Preisen aufgeschlagen sind? Und das Schönste ist: die hohen Kohlenpreise sind gar nicht die Folge der hohen Löhne, sondern umgekehrt; wenig-stens ist die Preiserhöhung der Kohlen unzweifelhaft der Lohnerhöhung vorausgegangen. So lange die Kohlen niedrige Preise hatten, begnügten sich die Arbeiter mit niedrigen Löhnen. Erst als die Arbeiter sahen, daß die durch ihre Arbeit zu Tag geförderten Kohlen zu enorm erhöhten Preisen verkauft wurden, entschlossen sie sich, auch den Preis ihrer Arbeit zu er-höhen. Und zwar geschah dies in sehr bescheidenem Maße. Wie Professor Leone Levi in seiner Eröffnungsrede in Kings College vorigen Monat darlegte, haben die Arbeiter von dem aus den gesteigerten Kohlenpreisen den Grubenbesizern erwachsenden Pro-fite nur etwa den achten Theil in Gestalt von erhöhten Löhnen empfangen — d. i. während die Löhne um 62 Prozent erhöht wor-den sind, hat sich der Profit der Grubenbesizer um 500 Pro-zent vermehrt! Wir sagen nicht, daß der Profit der Gruben-besizer ein unrechtmäßiger sei, oder nicht — das geht uns hier nichts an. Wir sagen bloß, daß gegenüber solch enormen Pro-fiten die Lohnerhöhung der Arbeiter eine höchst mäßige ist.“ Zum Schluß heißt es in dem Bericht: „Ihr Arbeiter, vergeßt nie, daß Ihr weder Leibeigene noch Bediente seid. Ihr seid die Eigen-thümer und Verkäufer einer Waare, genannt Arbeit. Für diese Waare könnt Ihr jeden Preis beanspruchen, welchen der Zustand des Marktes erlaubt. (1) Jedenfalls ist es Eure Sache und nicht die Sache des Käufers, den Preis dieser Waare festzustellen, denn sie ist Euer Eigenthum.“

Soweit der Bericht. Was den Schlusssatz betrifft, so enthält derselbe ein eigenthümliches Gemisch von Wahrem und Falschem. Wahr ist, daß die Arbeit dem Arbeiter insofern gehört, als sie in seinen Muskeln und seinem Hirn steckt; falsch dagegen ist, daß es Sache des Arbeiters ist, den Preis seiner Arbeit zu bestimmen. So lange überhaupt ein Preis für die Arbeit gezahlt wird, mit anderen Worten, so lange das System der Lohnarbeit besteht, wird die Arbeit ein einfacher Handelsartikel sein, dessen Preis allen Schwankungen des Marktes unterworfen ist, und sich durch-schnittlich nicht über das zum Leben und zur Fortpflanzung des Arbeiters gewohnheitsmäßig Nothwendige erheben wird. Das ist aber die Illusion der englischen Trades-Unionisten, daß sie durch ihre Trades Unions den Arbeitsmarkt beherrschen zu können glau-ben — eine Illusion, die ihnen die nächste Zukunft benehmen dürfte. Doch das nur im Vorbeigehen. Es kam uns darauf an, die Unrechlichkeit der englischen Grubenbesizer festzustellen, welche seit sieben Vierteljahren zur Beschönigung ihrer unerschämten Profite in die Welt hinaus schreiben und schreiben lassen, die Stei-gerung der Kohlenpreise sei ausschließlich der Lohnsteigerung geschuldet. Wir wissen jetzt, daß für jedes Pfund Sterling, das der Arbeiter mehr einnimmt, der nichtarbeitende Grubenbesizer acht Pfund Sterling mehr in seinen geräumigen Taschen ver-schwenden läßt, und daß daher die Behauptung des nichtarbeiten-den Grubenbesizers, der ganze Betrag der Preissteigerung komme dem Arbeiter zugut, eine — fromme Lüge ist.

Politische Uebersicht.

— Was der „Geniale“ Alles hören muß! So ein großer Staatsmann ist manchmal wirklich übel dran, und der Krassiersäbelige Bismarck muß sicherlich die Nerven und den Magen eines Krassiers haben, wenn er Alles verschlucken und verdauen will, was ihm appliziert wird. Eugen Richter, welcher die „ge-niale“ Wirthschaft schon so manchmal von der Rechten gezeigt, ist dieser Tage im preussischen Abgeordnetenhause auch auf den Reptilienfonds zu sprechen gekommen und hat bei dieser Ge-legenheit den „Genialen“ mit einer spanisch gepfefferten Apoptrophe begrüßt. Er sagte:

„Die Frage der geheimen Fonds in Verbindung mit dem Reptilienfonds werden wir in diesem Jahr wieder etwas näher in's Auge fassen müssen. Wenn ich güt unterrichtet bin, so hat der Finanzminister von den Verwendungen aus diesen Fonds, die sich ja auf viele 100,000 Thlr. belaufen, gar keine Kenntniß. Es besteht eine Abmachung zwischen dem Herrn Ministerpräsidenten und dem Herrn Minister des Innern, monach jeder über einen Theil dieser Fonds verfügt und vollständig selbstständig darüber disponirt, ohne daß irgend ein anderes Organ davon Kenntniß erhält. Eine solche Verwendung großer Summen ohne jede parlamentarische und auch ohne jede andere finanzielle Kon-trolle macht das Budgetrecht des Hauses illusorisch. Denn es sieht ja dem Minister frei, jede Summe, die ihm hier nicht be-willigt wird, aus einem dieser Fonds zu bestreiten. Was die Verwendung der geheimen Fonds betrifft, so nimmt die Cor-

ruption der deutschen Presse immer weitere Dimensionen an. (Sehr richtig!) Nachdem in Deutschland bereits an Schriftstellern und Zeitungen Alles gelaufen ist, was überhaupt käuflich war, (Hört! hört!) muß ich dem Abgeordneten Windthorst (Weppen) Recht geben, daß sich die Spuren des Repetitionsfonds für Jeden, der in der Presse Beschäftigt ist, auch im Ausland bereits zu zeigen beginnen. (Sehr richtig!)

Also die „fünfhunderttausend Lumpen“, wie es in jenem hübschen Liedchen heißt, sie genügen noch nicht einmal; zu den einheimischen, vaterländischen, patriotischen Lumpen müssen noch auswärtige Lumpen beschafft werden! Widerspruch hat man seitens der preussischen Regierung und ihrer Vertreter dem Abgeordneten Richter nicht; Herr Camphausen hat eine ausweichende Antwort gegeben. Es ist also richtig, was Richter gesagt hat; es ist richtig, es ist stillschweigend zugestanden, daß die preussische Politik, um die bisher angebahnten und betretenen Wege weiter verfolgen zu können, einer großen Anzahl schlechter, bestochlicher Subjecte bedarf, um die öffentliche Meinung nach Belieben einrichten zu können; es ist Thatsache, daß die Prostitution der Feder an der Spitze der preussischen „Civilisation“ marschirt.

Doch nicht genug. Der Attentäter und Erbschleicher Jules Favre, der Reuher des Sozialdemokraten Millière, hat jetzt im Prozeß Bazaine seine Zeugnisaussagen gemacht und bezüglich eines Privat- und Spezialspiegels Namens Regnier, welcher zwischen der Kaiserin Eugenie, Bismarck und Bazaine den Extraboten machte, aus seiner bekannten Unterredung mit Bismarck zu Ferridres (18. Sept. 1870) erzählt:

„Als mir Herr von Bismarck jenen Regnier als eine unbedeutende Persönlichkeit schilderte, hatte er nicht die Wahrheit gesagt. Ich sagte ihm auch bei einer Gelegenheit offen: Sie haben mich in Bezug auf Regnier getäuscht. Dieser Mann war Ihr Agent. Er vertheidigte sich nur sehr schwach gegen diesen Vorwurf. Im Verlaufe des Gesprächs kam Bismarck auch auf Bazaine zu sprechen; er fragte mich: Sind Sie des Gehorsams von Bazaine gewiß? Ich konnte nur Eine Antwort geben, die nämlich, daß ich keinen Augenblick an diesem Gehorsam zweifle. Darauf erwiderte er: Sie haben Unrecht; ich habe Gründe zu glauben, daß Bazaine nicht für Sie ist.“

Die Alten pflegten zu sagen, daß ein mit Gold beladener Esel die stärksten Festungen zu erobern im Stande sei und wenn man in der ganzen Welt diesen Regnier nunmehr als einen solchen Esel betrachtet, so ist das nicht unsere Schuld. Wir weisen nur auf die eine merkwürdige Thatsache hin: Zu gleicher Zeit wird im preussischen Landtage zu Berlin und im Volke des Bazaine'schen Prozeßes, im Trianon zu Versailles die Anklage gegen die preussische Politik erhoben, daß ihr A und ihr O die Bestechung ist und daß sie stets auf die Käuflichkeit der einzelnen Individuen spekulirt. Und da nichts, gar nichts widerlegt, ja nicht einmal in Abrede gestellt worden ist, so wissen wir, wie wir daran sind, wir wissen, was Schweigen bedeutet. „Liberale“ Blätter nennen die „Moral“ des Jesuiten Curio: „der Zweck heiligt die Mittel“, eine Spitzbubenmoral! Gut! Wie nennt man nun die „Moral“, die den Anlauf von Gaunern und Spitzbuben zu „patriotischen“ Zwecken heilig spricht? Das ist wahrscheinlich nur die „Moral“ der wohlthätigen Erfolge!

Wir haben schon öfters angeführt, daß Herr von Bismarck seiner Zeit das preussische Dreiklassenwahlrecht verurtheilt und das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht bestritten habe. Da es unsere Leser jedenfalls, schon wegen der letzten Vorgänge im preussischen Landtage interessiert, in welcher Form Bismarck einmal nach dieser Richtung hin „liberal“ gewesen ist, so bringen wir den betreffenden Passus seiner Rede hier zum Abdruck. Der „Geniale“ sprach in der Sitzung des „norddeutschen Reichstags“ vom 28. März 1867:

„Das allgemeine Wahlrecht ist uns gewissermaßen als ein Erbtheil der Entwicklung der deutschen Einheitsbestrebungen überkommen; wir haben es in der Reichsverfassung gehabt, wie sie in Frankfurt entworfen wurde, wir haben es im Jahre 1863 den damaligen Bestrebungen Oesterreichs in Frankfurt entgegengesetzt, und ich kann nur sagen: ich kenne wenigstens kein besseres Wahlgesetz. Es hat ja gewiß eine große Anzahl von Mängeln, die machen, daß auch dieses Wahlgesetz die wirklich befonnene und berechnete Meinung eines Volkes nicht vollständig photographirt und es miniatur wieder giebt (Diese „Mängel“ heißen in „Kulturstaaten“ zuweilen Wahlbeschränkung und Wahlbeeinflussung, Red. v. B.), und die verbündeten Regierungen hängen an diesem Wahlgesetz nicht in dem Maße, daß sie nicht jedes andere acceptiren sollten, dessen Vorzüge vor diesem ihnen nachgewiesen werden. Bisher ist dieser kein einziges entgegengesetzt worden. Ich habe nicht einmal curiosität im Laufe der Rede ein anderes Wahlgesetz diesem gegenüber rühmend hören; ich will damit nur motiviren, daß „verbündete Regierungen“, die gewissermaßen eine republikanische Spitze, die in dem Worte „verbündete Regierungen“ liegt, bilden, keineswegs ein tief angelegtes Complot gegen die Freiheit der Bourgeoisie in Verbindung mit den Massen zur Errichtung eines cäsarischen Regiments beabsichtigt haben können. Wir haben einfach genommen, was vorlag und wovon wir glaubten, daß es am leichtesten annehmbar sein würde, und weitere Hintergedanken nicht dabei gehabt. Was wollen denn die Herren, die das ansprechen, und zwar mit der Beschleunigung, deren wir bedürfen, an dessen Stelle setzen? Enda das preussische Dreiklassenwahlrecht? Ja, meine Herren, wer dessen Wirkung und die Constellationen, die es im Lande schafft, etwas in der Nähe beobachtet hat, muß sagen, ein widerständigeres, elenderes Wahlgesetz ist nicht in irgend einem Staate ausgedacht worden.“

Soweit was dieser Mann, damals noch Junker von Blut und Eisen, heute Schnaps- und Papierfabrikant von Barzin, über das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht und über das preussische Dreiklassenwahlrecht gesagt hat. Nun führt Herr von Bismarck den „Kulturkampf“, der jetzt, nebenbei bemerkt, von der Rutsche des Erzbischofs von Posen bis zu dessen Möbeln gelangt ist. d. h. es wurden dem frommen Herren einige Möbel gespadet, weil er die Geldstrafen, zu denen ihn kulturkämpferische Richter verurtheilt haben, nicht bezahlen wollte. Und die Stiefelpumper Bismarck, Herr Pastor voran, die als „Liberale“ ebenfalls den „Kulturkampf“ mitkämpfen, sind gegen den Antrag auf Abschaffung dieses widersinnigen elenden Wahlgesetzes, weil der Antrag von den „Schwarzen“ ausgeht! Herr Pastor hat sein Rundwerk, das (nach Heine reditivus) einst extra wird todgeschlagen werden müssen, dagegen in Bewegung gesetzt, er, der mittelst des allgemeinen, gleichen und directen Wahlrechts in den Reichstag gewählt ist. So ist es gekommen, daß die „Schwarzen“ weit „liberaler“ sind, als die sogenannten Liberalen und Windthorst im Namen seiner Fraktion sagen konnte: „Wir werden uns so einrichten, daß der preussische Fortschritt mitkommen kann.“ Er hat freilich gut reden. Der alte abgetriebene Korreganz des „Ultramontanismus“ ist durch ein paar kräftige römische Streiche ja leicht dahin zu

bringen, daß er die Schnecke, genannt „preussischer Fortschritt“, überholt. Warum auch nicht? In einer Komödie par excellence, wie der „Kulturkampf“, müssen doch auch notwendiger Weise komische Momente vorkommen, bis unter allgemeinem (Hohn-) Gelächter der Vorhang fällt!

— Die Krise. Aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika gelangen erschreckende Zahlen über das Meer herüber. In Philadelphia ist die Zahl der Menschen, welche keine Beschäftigung haben, auf 32,000 angeschwollen; in Cahors (New-York) sind 10,000 Arbeiter brodlos geworden, da fast alle Fabriken geschlossen worden sind. In Keabria sind 18 Hutfabriken geschlossen und dadurch 2000 Menschen aufs Pflaster geworfen worden. Die Verhältnisse liegen so, daß in den größeren Establishments, Zucker- und Petroleum-Raffinerien es ebenfalls nicht mehr zu thun geben wird, sobald die eingegangenen Bestellungen effectuirt sind. Die Ostbahn-Gesellschaft in Boston hat die Arbeitzeit vermindert und auch die Löhne. So sieht's da drüben aus in der großen Musterrepublik mit der kapitalistischen Produktionsweise, und die Bourgeoisie, welche trotz alledem ihre Dergien unbekümmert weiter feiert, tanzt auf dem unheimlichen Boden eines gährenden und grollenden Vulkans. Die Reise, einmal hereingebrochen, wird ihren Umzug durch alle modernen „Reiche“ halten, wo die kapitalistische Produktionsweise herrscht, und es ist nur zu bedauern, daß sie, wie einst der „schwarze Tod“, wahl- und ziellos sich ihre Opfer aus der Masse holen wird, so daß die Betroffenen mit den Betrügnern, die Bestohlenen mit den Dieben werden leiden müssen. Und unsere deutschen Bourgeois brauchen ja nicht zu glauben, daß der „schwarze Tod“ des neunzehnten Jahrhunderts sie verschonen wird. Er findet den Weg über das Meer und seine schwarzen Flecken erscheint bereits an den ökonomischen Verhältnissen im „neuen Reich“. Bei Olaz ist eine Spinnerei geschlossen und 300 Arbeiterfamilien sind brodlos; in Clausthal (Harz) sind 130 Arbeiter wegen Ueberproduction aus dem Bergbau aufs Pflaster gesetzt; in Grünberg sind 3000 Arbeiter durch Zahlungsstellung ihres „Herrn“ brodlos; ein Freund dieses „Herrn“ kann infolge dessen auch nicht zahlen und weitere 3000 Arbeiter hungern; noch zwei Berliner „Häuser“ gehen in diesem „Reich“ unter und so liegen 10,000 Arbeiter, mit den Familien 40,000 Menschen, auf dem Pflaster! Das ist zum Wenigsten ein Anfang vom Ende!

Herr Schulze, nicht der Deligier, sondern der von Mainz, hat einen durch die zwei letzten Nummern des Fabrikantenbund-Organs „Concordia“ hindurchgehenden Artikel vom Stapel laufen lassen, in welchem er aneinandersezt, daß er nur eine Pflicht erfülle, indem er den „Vollstaat“ denunzire; und die Redaction des Fabrikantenbund-Organs „Concordia“ hat sich ausdrücklich mit dieser Auseinandersetzung ihres Schulze einverstanden erklärt. Wir können Hr. Schulze im Voraus versichern, daß ihm, wenn er es der sächsischen Staatsanwaltschaft möglich macht, uns einen neuen Hochverratsprozeß an den Hals zu hängen, bei dem aber die Ankläger sich die Finger nicht allzusehr verbrennen mögen, ein königlich sächsischer Orden nicht entgegen kann — ebenso wenig, wie den Helden des famosen Hochverratsprozeßes vom vorigen Jahre. Einstweilen lenken wir die Aufmerksamkeit der Leipziger Staatsanwaltschaft auf besagten Hr. Schulze, der Sekretär der Mainzer Handelskammer ist und den ein Brief unter dieser Adresse jedenfalls erreichen wird. In einer der nächsten Nummern werden wir Auszüge aus dem Schulze'schen Artikel bringen, damit unsere Leser sich vorstellen können, wie ein Musterdenunziant (aus Pflicht) aussieht, der zugleich Muster-Kathechese-sozialist ist (vermuthlich auch „aus Pflicht“).

Da wir gerade bei dieser Sorte von (natürlich „nationalen“) Ehrenmännern sind, sei hier ein Jerthum berichtigt, der hinsichtlich des „Geschichtschreibers“ und Professor Rommsen jetzt durch die Presse geht, und auch in Parteiorganen Aufnahme gefunden hat. „Der berühmte Geschichtschreiber M.“, heißt es, habe aus Verachtung für den nationaluniversellen Treitschke, der einen Ruf nach Berlin erhalten, jener Universität den Rücken gelehrt“ (er geht bekanntlich nach Leipzig). Ob Hr. Rommsen „berühmt“ ist oder nicht, das wollen wir hier nicht untersuchen, zumal das Wörtchen „berühmt“ sehr dehnbaren Begriff ist; jedenfalls ist er kein „berühmter Geschichtschreiber“, überhaupt kein Geschichtschreiber, wenn wir darunter einen Mann verstehen, der vor Allem die Wahrheit sucht. Hr. Rommsen ist ein einfacher Tendenzschriftsteller, von dem Genre des Hrn. Sybel, nur mit dem Unterschied, daß er „Geschichte schreibt“, um den Cäsarismus, Militarismus und die Gefinnungslumperei im Allgemeinen an dem Beispiele des alten Rom zu verherrlichen; während Hr. Sybel „Geschichte schreibt“, um speziell die preussische Wirtschaft zu verherrlichen. Ob Rommsens Geschichte Roms oder Sybels Geschichte des Zeitalters der Revolution der schamloseste Frevel an der Wahrheit, das niederträchtigere Pasquill auf Prinzip, Mannes-muth und Charakterfestigkeit ist, das wollen wir unentschieden lassen. Rommsen figurirt auch, gleich Sybel, unter den „Bettel-patrioten“ der Tuilerien, und ist in der Bekräftigung Bearbeitung Pöheres über den Patron nachzulesen. Es leuchtet ein, daß ein solcher Mensch keiner „Verachtung“ für einen Treitschke fähig ist. Er ist um kein Haar breiter, als dieser; trotzdem kann er ihn nicht anstehen, allein das läuft auf den bekanntesten deutschen Professorenabend hinaus. Er hält in seinem jüngstigen Gelehrtenstolz Treitschke, der nur mit knapper Noth durchs Examen geschliffen ist und keine dickleibigen Bücher veröffentlicht hat, für keinen vollberechtigten Professor und war, als derselbe dank den Anstrengungen seiner nationalliberalen Gönner nach Berlin berufen wurde, froh, daß sich ihm eine Gelegenheit öffnete, die Studenten einer andern Universität in den Künsten der Servilität zu unterrichten. Wir gratuliren Leipzig zu der bettelpatriotischen Acquisition!

Innere Partei-, Verwaltungs- und Organisations-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen!
Folgende Orte sind mit ihren Partei-Beiträgen für Monat Oktober noch rückständig:
Apolda, Auerbach, Berka, Bielefeld, Bischofswerda, Bradwede, Budau, Camenz, Cassel, Chemnitz, Constanz, Crefeld, Dahme, Dessau, Deuben, Döllau, Duisburg, Frankenberg, Frankfurt a. d. O., Froburg, Geithain, Gelenau, Gera, Gesau, Söcking, Großenhain, Groß-Mühlungen, Geve, Hartau, Hainichen, Hainichen, Halberstadt, Harzgerode, Hedderheim, Herbede, Hof, Holzminde, Hornhausen, Jüterbog, Kaiserlautern, Kleinzschocher, Königsberg, Lobberich, Ludenwalde, Lunzenau, Mühlhausen i. Thür., Müllen St. Nicola, Müllchen, Müllchenbernsdorf, Neustadt a. d. Orla, Neustadt, Niederlansig, Niesleben, Nürnberg, Oberlungwitz, Dederan, Offenbach a. M., Oßershausen, Penig, Pflers, Plauen, Queblinburg, Reichenbach, Ronneberg, Saalfeld, Schwäbisch-Gmünd, Soest, Solingen, St. Tonia, Staffurt, Stollberg, Thalheim,

Vierzen, Waldenburg i. S., Wundöbel, Weida, Werbau, Wildenfels, Würzburg.

Außer für Oktober sind nachstehende Orte auch noch für September, einige davon selbst für August, mit ihren Partei-Beiträgen im Rückstande:

Auerbach, Berka, Bischofswerda, Bradwede, Constanz, Crefeld, Dessau, Deuben, Döllau, Frankfurt a. d. O., Froburg, Großenhain, Geve, Halberstadt, Harzgerode, Herbede, Kaiserlautern, Königsberg, Lunzenau, Müllen St. Nicola, Müllchen, Müllchenbernsdorf, Niesleben, Dederan, Offenbach a. M., Penig, Pflers, Queblinburg, Ronneberg, Solingen, St. Tonia, Staffurt, Vierzen, Weida.

Indem der Ausschuss um schleunige Zusendung der rückständigen Beiträge ersucht, fordert er zugleich auf, mit der Absendung der Beiträge für November nicht zu säumen, da die Ansprüche, welche in Folge der Wahlbewegung an die Parteikasse gerichtet werden, alles bisher in der Agitation Dagewesene übersteigen.

Hamburg, 26. Nov. 1873.
Mit Gruß!
Namens des Ausschusses:
August Geib, Ködigsmarkt 12.
H. Benncke, Kl. Schäferkamp 34.

Gewerkschaftliches.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.
Salle a. S. (Berichtigung.) In dem Artikel vom 16. d. M. in Nr. 116 hat sich ein Fehler eingeschlichen. Es soll heißen: § 2. Diejenigen, welche 50 Jahre sind und dem Schneiderverein bis zum Incastrtreten des Bundes schon angehören, sind zur Aufnahme als Mitglieder berechtigt. In § 9 soll es heißen statt 4 nur 3 Thlr. und statt 26 nur 13 Wochen „bis zur nächsten Generalversammlung“.

Internationale Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer.
Braunschweig, 22. November. In unserer Nachbarstadt Wolfenbüttel ist eine neue Mitgliedschaft gegründet. Zum Bevollmächtigten wurde gewählt Heinrich Wrede (Maurer), Gotteslager bei Wolfenbüttel, Lindenerstraße 1. Zum Kassirer Carl Buchheiser (Dachdecker), Engestr. Nr. 748. Zum Schriftführer Otto Olse (Zimmermann), Engestr. Nr. 748. Ferner wurde durch Vermittelung unserer Chemnitzer Fachgenossen in Lunzenau (Sachsen) ebenfalls eine neue Mitgliedschaft gegründet. Zum Bevollmächtigten wurde gewählt Zimmerpolier Friedrich Müller, Silberstraße; zum Kassirer Friedrich Matthes; als Controlleur Eduard Taubert. Nachmals fordere ich die Mitgliedschaften Schwarzenbach a. d. Saale, Geseendorf bei Bremschafau, Passau und Pflers auf, etwas von sich hören zu lassen.
Im Auftrage der Vororts-Verwaltung:
Heinrich Rieck, 1. Vorsitzender.

Correspondenzen.

Markranstädt, 23. November. Gestern, Sonnabend, fand hier wiederum eine trotz des schlechten Wetters zahlreich besuchte Volksversammlung im Thüringer Hofe statt. Der Vorsitz wurde Engelhardt (Markranstädt) übertragen. Den ersten Punkt der Tagesordnung: „Die Sozialdemokratie und ihre Gegner“ erlebte Vlos (Leipzig), worauf Hahlisch (Leipzig) über den zweiten Punkt: „Gründung eines Arbeitervereins“ referirte. Der Verein — eine Mitgliedschaft ist leider wegen behördlicher Schwierigkeiten nicht wohl zu Stande zu bringen — wurde definitiv beschlossen und 44 Mann zeichneten sich sofort ein. Die Versammlung wurde noch recht heiter, da später, als die Debatte sich auf die Reichstagswahl und den Candidaten Johann Jacoby lenkte, ein gewisser Vogel, ein Ziegelmeister, auftrat, und im Sinne der Bourgeoisie zu wirken veruchte. Demselben wurde von den Referenten und von Freund Reulirchner der Standpunkt derartig klar gemacht, daß rings um ihn allgemeines Hohngelächter erscholl, und die Arbeiter wollten ihm, da er „einen Vogel im Kopfe“ habe, die Thüre weisen. Man entschied sich indeß auf Vorschlag der Referenten dafür, auch den Gegner sprechen zu lassen, was Gelegenheit dazu gab, daß Herr Vogel noch mehrere Male recht derb heimgelacht wurde. In vortrefflicher Stimmung schloß die Versammlung.

Hainichen, 27. November. Bei den Stadtverordnetenwahlen haben wir einen schönen Sieg errungen; sämtliche vom Bürgerverein aufgestellten Candidaten sind durchgegangen. Auf unserer Seite war die höchste Stimmenzahl 248, die der Gegner 180. Es war dies ein hitziges siegreiches Vorpstengesecht zur großen Reichstagswahl. Alles wurde beiderseits aufgegeben, natürlich schloß auch von gegnerischer Seite die Verleumdung nicht, denn das ist ihre schönste Waffe. Die Vorpstentete zur Reichstagswahl ist wieder gebildet, 160 Mann bilden das Wahlcomité, und können wir die Zeit nicht erwarten, wo der Kampf beginnt. Arbeiter von Freuberg, Brand, Dederan und Franenstein, rührt Euch, auf uns könnt Ihr rechnen.

Müssen St. Nicola, 19. November. Unsere Bourgeoisie, Müller und Gernegros haben wieder einmal das Bedürfnis gehabt, sich gründlich zu blamiren. Heute Nachmittag gegen 2 Uhr bewegte sich ein bunter Zug von dem unteren Ende des Ortes aufwärts nach der Kirche. Voran einige alte Weiber und Kinder, hierauf ein Musikchor, ein paar Duzend hellgrüne und graue Schützen mit Fahnen, Schulkinder, Lehrer, Pfaffen, Militärvereiner mit Fahne und schweißmedad schließlich der Turnverein mit Fahne. Wir hielten es anfangs für einen Carnevalzug, ersahen indeß, daß man dadurch seinen partikularistisch-sächsischen Gefühlen Ausdruck verleihen und das Gedächtniß des verstorbenen Königs von Sachsen ehren wollte, und daß Herr Pastor Germann den tiefbetäubten Patrioten in einer Gedächtnispredigt Worte des Trostes spenden werde.

Auf und machte dieser Zug indeß einen so komischen Eindruck, daß wir uns des Lachens nicht erwehren konnten, zumal die Mehrzahl der Theilnehmer des Zuges, wahrscheinlich infolge einer sich regenden jugendfrischen Scham sehr animirt erschienen und theilweise sogar — trotz der Trauermusik — herzlich lachten.
So harmlos auch diese Harlequinade war, so hat sie doch immerhin eine gewisse politische Bedeutung; einmal zeigt sie die Scheinendhaftigkeit, mit der sich die meisten und sogar freisinnig scheinenden Menschen von Pfaffen und Bourgeois leihammeln lassen, sodann, wie die in Partikularismus und Antisozialismus machenden Schützen und Militärvereiner gemächlich Hand in Hand gehen; die Turner in St. Nicola aber aller Scham baar sind.
Mit sozialdemokratischem Gruß
Aug. Wilsch, Döbn.

Stollberg. Zur Kennzeichnung der übrigen schon in der zweiten Kammer zum Ausdruck gelangten Gerichte über die Höhe des Lohnes eines Bergarbeiters in Lugau, Würschig und Umgegend, Wahlkreis des Gerichtsamtmanns Zumppe, diene Folgendes: In der Beilage der Nr. 9 des „Leipziger Tageblatt“ heißt es in den Kammerverhandlungen gelegentlich der Debatte über die Erhöhung der Gehälter der Staatsbeamten, daß die Gehälter der Lehrer ganz besonders ins Auge gefaßt werden müßten. Der Abgeordnete Zumppe aus Stollberg habe als Mitglied verschiedener Schulinspektionen vielfach Gelegenheit gehabt, sich zu überzeugen von der Unzulänglichkeit der Lehrergehälter. In seinem Wahlkreis, B. verdient ein 20jähriger Kohlenarbeiter in einem Jahre 600 Thlr., es sei doch nicht mehr als billig, daß man die Lehrer besser stelle als die Kohlenarbeiter. Dpfer müßte der Staat bringen und zumal da, wo die Gemeinde keine bringen könne. Wir sind gewiß die Letzten, die für eine Verbesserung der gewiß niedrigen Lehrergehälter nicht eintreten würden, aber der Abg. Zumppe muß seine Erlundigungen bei einem Irrthum gemacht haben, wenn er zu Gunsten der Lehrergehälter den Verdienst eines Kohlenarbeiters anführt. Glücklich würde sich ein Bergarbeiter schätzen, wenn er 600 Thlr. verdiente, obgleich 600 keineswegs zuviel sind, wenn bei den jetzigen enorm theuren Lebensmittelpreisen eine Familie auch nur bescheiden durchkommen will. Den Kohlenpreisen angemessen, müßten die Bergarbeiter allerdings einen solchen Verdienst haben, aber den brauchen auch andere Leute. Wenn Abg. Zumppe ein Kohlenwerksbesitzer wäre und zahlte seinen Arbeitern solchen Lohn, er würde sich der Arbeiter nicht erwehren können. Der Schichtlohn beträgt 20 Mgr. Wenn ein Arbeiter in Afford noch einmal so viel verdient, so heißt der Verdienst bei der Verwaltung ein hoher, was aber selten vorkommt; wenn aber ein Bergarbeiter bei Affordarbeit nicht einmal so viel verdient, als er Schichtlohn erhält, wie viel verdient er da in einem Jahr?

Genossen und Arbeiter allerwärts! Müßt Ihr nicht hieraus wiederum ersehen, so lange wir keine Vertretung im Reichstag, in den Kammern und in unsern Gemeinden haben, daß da für uns Nichts geschehen kann? Muß da nicht, wenn wir um mehr Lohn bei unseren Arbeitgebern anhalten, welches bei der Regierung als ein übermüthiges Verlangen erscheinen? Wo bleibt da unser Wohlstand, wenn wir einen solchen Verdienst haben? Nun, es heißt auch gar oft, das Volk verthut zu viel. Nun, wir müßten uns gerade öfters einen Weintausch antrinken, wie es viele Andere thun, die dabei brüllen und wüthen wie wilde Thiere. Wacht daher auf, sei dieses und ein Wink, ein Mahnruf. Arbeiter allerwärts! That Eure Pflicht bei der bevorstehenden Reichstagswahl. Lassen wir uns dieses als Warnungszeichen dienen zur Wahlurne zu geben, wenn der Wahltag erscheint und geben wir unsere Stimme einem Manne, der unsere Interessen im vollsten Maße vertritt, der sich und uns Ehre macht. Besonders Ihr Arbeiter des 19. Wahlkreises, benutzt Euer Recht, und jeder Arbeiter ist sich es schuldig, seine Rechte zur Geltung zu bringen. Laßt Euch nicht von Schönrednern beeinflussen; wählen wir einen Mann, und das ist unser Freund Wilhelm Liebknecht.

Viele Bergarbeiter.

Löhnitz im sächsischen Erzgebirge, 24. November. Gestern Abend fand im Saale des deutschen Hauses eine äußerst zahlreich besuchte Volksversammlung statt. Tagesordnung: die Reichstagswahlen. Referent Herr Stolle aus Grimmitzsch. Der Vortrag Freund Stolle's wurde mit großer Aufmerksamkeit angehört und mehrfach durch Beifallsbezeugungen unterbrochen. Nach Schluß der Versammlung zogen sich die hiesigen Parteigenossen, nachdem vorher noch das Lied Nr. 2, „Arbeiter, als erwacht!“ gesungen worden, in das Lokal des Arbeiterfortbildungvereins zurück, woselbst mehrere Einschreibungen stattfanden.

Auerbach i. B. Nach Beschluß der letzten Bezirksversammlung des 22. Wahlkreises, die Einberufung von Versammlungen auf den Dörfern betreffend, sind auch wir kräftig eingetreten für Agitation zur Reichstagswahl. Wie überall, so auch hier kein Ueberfluß an Sprechern, weshalb zu den gestrigen Volksversammlungen in Rempegrün und Brunn K. Müller aus Reichenbach erschien und in verständlicher Weise den Bewohnern dort, größtentheils kleine Bauern und Tagelöhner, die Bedeutung des allgemeinen Wahlrechts, die ungenügende Reichsverfassung, die einseitige Vertretung und mangelhaften Gesetze unter Hinweis auf die höchst notwendige Aenderung solcher Zustände erklärte. Mit größter Aufmerksamkeit hörten diese Leute zu, und gaben schließlich ihr Einverständnis zu erkennen nebst dem Willen, zur Wahl am Tage zu sein. Von hier waren etwa 10 Mann mit dort. H. Müller fungirte als Vorsitzender in Rempegrün, Schott als solcher in Brunn. Für fernere Regsamkeit werden wir sorgen.

Die Parteigenossen.

Schönebeck. Sonntag, den 23. November, Nachmittags 4 Uhr, fand die von mir und anderen Stassfurter Parteigenossen einberufene große Volksversammlung hieselbst statt. Außer einer größten Zahl Stassfurter Genossen hatten sich weit über tausend Arbeiter nebst einigen Bourgeois von hier und Umgegend in den schönen und großen Räumen der Tonhalle zeitig eingefunden, so daß das Lokal nebst der Galerie Kopf an Kopf gefüllt war. Die Reichstagswahlen, die Klassenherrschaft, der Schwindel und seine Folgen bildeten die Tagesordnung. Nachdem ich den ersten Gegenstand der Tagesordnung in einstündiger Rede behandelt, sprach A. Bremer in gleicher Zeit über den zweiten Gegenstand. Wir erzielten enormen Beifall, da seit 3 Jahren in der hiesigen überaus industriellen Stadt keine Volksversammlung stattgefunden hatte. Nachdem ich dann noch kurz zur Betheiligung an den bevorstehenden Reichstagswahlen aufgefordert und hervorgehoben hatte, daß die Arbeiterklasse, als die große Majorität des Volkes, wohl alle Ursache hätte, nur einem Arbeiterkandidaten ihre Stimme zu geben, und zwar einem Manne, der voll und ganz die Interessen der großen Masse des Volkes zu wahren und zu fördern sich verpflichtete, sprang der Commisar plötzlich auf und erklärte die Versammlung für geschlossen. Natürlich kam dies allen Versammelten wie ein Blitz aus heiterm Himmel. In 10 Minuten war der große Saal geleert. Aber wir sind unser Wort zu halten stets gewöhnt und kommen bald, eine zweite Versammlung abzuhalten. Euer Wunsch, der auch unser ist, Schönebecker Arbeiter, er soll und wird erfüllt werden.

W. Fischer.

Erfurt. In der zum 8. November einberufenen Parteiversammlung stand auf der Tagesordnung: „Das Sündenregister der (beiden hier erscheinenden) „Thüringer“ und „Erfurter Zeitung“. Erstere nationalliberal, letztere freikonservativ. Die Versammlung war sehr zahlreich von den sogenannten „höheren“ Ständen besucht, das Thema hatte sie wahrscheinlich angezogen. Parteigenosse Imhof hatte das Referat übernommen. Derselbe behauptete, nicht ein allgemeines Referat über genannte Zeitungen geben zu können, da er dieselben nicht regelmäßig zu Gesicht bekomme, er wolle auch deshalb bloß die Erbsünden aufdecken. Von wirklich wissenschaftlichen Artikeln finde man darin keine Spur. Zur Zeit des Leipziger Hochverratsprozesses habe keine von beiden eine selbständige

Äußerung gebracht. Ueber Karl Marx habe die „Thüringer Zeitung“ einen Artikel gebracht, welcher ihn reiß für das Jrenhaus hinstelle, denselben aber kurz darauf als eine außerordentliche wissenschaftliche Capazität gepriesen. In der Angelegenheit der Preiserhöhung des Bieres habe die „Thüringer Zeitung“ ebenfalls die Partei der Herrn Besitzer ergriffen. Imhof ging nun nach einigen kurzen Bemerkungen zu der Presse im Allgemeinen über, deren Krebsgeschäden schonungslos aufdeckend, und ging dann auf die Reichstagswahlen über. Trotz mehrmaliger Aufforderung, die Gegner, wenn amosead, möchten sich zum Worte melden, ging doch Niemand heraus. Jedoch als Imhof und Krauthaus nochmals das Wort ergriffen hatten, meldete sich der anwesende Redacteur der nationalliberalen „Thüringer Zeitung“, und seine Rede war auch echt nationalliberal. Mit seinem Worte wurde der kulturgeschichtlichen Aufgabe der Presse gedacht, Alles war auf das den Geldsack füllende Unternehmen gemünzt. Schließlich erklärte der Herr Redacteur auf verschiedene Anfragen, er habe keine Lust, hierauf näher einzugehen. Ueber diese Versammlung bringt nun die Nr. 265 der „Thüringer Zeitung“ einen ellenlangen Artikel, der von Verdrehungen und Verleumdungen frogt. Auch die „Erfurter Zeitung“ berichtete über die Versammlung, sucht aber die Schläge auf ihre Collegin abzuwälzen. Diese Berichte gaben Anlaß zu einer weiteren Versammlung, die am 15. November mit derselben Tagesordnung abgehalten wurde. Die beiden Artikel als Grundlage benugend, wies Imhof auf die Verderbtheit der heutigen Presse hin; wo der Geldwerb die Hauptsache sei, da könne man sich über eine Äußerung des Redacteurs der „Thüringer Zeitung“, die er in einer Parteiversammlung that, nicht wundern, nämlich: für Geld schreibe ich auch in Ihrem Sinne. Imhof forderte die Arbeiter auf, einer solchen Presse den Rücken zu kehren und durch zahlreiches Abonnement auf die Arbeiterblätter mitzuhelfen an dem Kampfe für die einzig mögliche Kultur: Gleichheit unter den Menschen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Gegner meldeten sich dieses Mal nicht zum Wort. Die „Thür. Zeitung“ ließ es sich dagegen nicht nehmen, in einem Eingangsart alle „rechtlich“ denkenden Bürger aufzufordern, front gegen uns zu machen, daß es uns nicht gelänge, einen Arbeitervertreter in den Reichstag zu schmuggeln.

So liegen die Dinge hier in Erfurt. Wo und wie man nur kann, belämpft man die Arbeiterbewegung. Eine Partei, die nicht mit ehrlichen Mitteln, sondern nur durch Machinationen ihre Gegner belämpft, verdient keine Achtung, sie hat die Achtung vor sich selber verloren.

Doch bange machen gilt nicht. Und so fand am 22. November wiederum eine Volksversammlung statt mit der Tagesordnung: „Das Gebahren der heutigen Presse der Sozialdemokratie gegenüber.“ Referenten waren Fink aus Leipzig und Kleist aus Köln. Der Raum des „Volksstaat“ reicht nicht zu, wollte ich ausführlich über beide Referate, die sehr beifällig aufgenommen wurden, berichten. Zum Schluß brachte Fink folgende Resolution ein:

„Die heutige Volksversammlung erklärt es für die Arbeiterinteressen verwerflich und unwürdig, die gegnerische nationalliberale Presse, als Verberberin des reinen Volksgeistes durch Abonnement und Inserate zu unterstützen, vielmehr erkennt sie es als heiligste Pflicht, die sozialdemokratische Presse, besonders den „Volksstaat“ durch Abonnement kräftig zu unterstützen, damit das Evangelium der Sozialdemokratie, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit die weiteste Verbreitung findet.“

Mit sozialdemokratischem Gruß

Hermann Göze, Schriftführer.

Coburg. 27. November. Montag, den 24. d. Mts. hielten wir eine Volksversammlung ab, in welcher Kaiser aus Mainz über die Thätigkeit des Reichstags und die bevorstehende Wahl zu denselben referirte. Wie es gewöhnlich bei uns der Fall ist, so war auch diesmal trotz der ungünstigen Witterung die Versammlung sehr stark besucht; alle Schichten der Bevölkerung waren vertreten. Kaiser schilderte im Eingang seiner Rede in treffenden Worten das Treiben der nationalliberalen Gründer und Kulturkämpfer, zu welchen auch unser Vertreter für Coburg, Herr Stadtrath M. Weber gehört, indem Redner auseinandersetzte, daß diese Herren zu den reaktionärsten Gesehen, die Widmark ihnen vorlegt, ihre Zustimmung geben und zu jeder Zeit gegeben haben, wenn sie nur für ihre Taschen vortheilhaft und gegen die Arbeiter gerichtet sind, und verweis dabei auf das Münz-, Straf- und Haftpflichtgesetz, welche ihren reaktionären Zweck bisher nicht verfehlt haben und fernher nicht verfehlen werden. Ferner erklärte Redner unter allgemeinem Beifall, daß dieser jetzige hochgepriesene Kulturkampf zwischen Staat und Kirche nur ein Scheinkampf ist, und daß dieselben später doch Arm in Arm gehen werden, wenn es nur erst Widmark so weit gebracht habe, die Pfaffen zur Anerkennung der Oberherrlichkeit des Kaisers zu bewegen. Nachdem Redner noch Einiges in kräftigen Worten über die Presse, das Vereinsrecht, über Coalition der Arbeiter und hauptsächlich über die Haltung der Kleinmeister gesprochen hatte, schloß er unter großem Beifall mit der Aufforderung, der sozialdemokratischen Partei beizutreten. Der Schluß der Versammlung wurde ausgesprochen, nachdem der Vorsitzende Papst, wenn auch vergeblich, die Gegner zur Entzignung aufgefordert hatte.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Friedrich Öpfert.

Lübeck. 19. November. Am 8. d. M. hatten die Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu Lübeck eine öffentliche Mitgliederversammlung anberaumt, in welcher Hr. Carl Hillmann aus Hamburg (jetzt Redacteur der „Süddeutschen Volkszeitung“) referiren sollte. Auf der Tagesordnung stand: Besprechung über die soziale Frage und Discussion. Die Mitglieder des Allg. deutschen Arbeitervereins hatten uns kurz zuvor aufgefordert, behufs der Reichstagswahl mit ihnen in Unterhandlung zu treten. Und zu diesem Zwecke waren auch sie, die Mitglieder des Allg. deutschen Arbeitervereins, in unserer Versammlung erschienen. Das Bureau war unser. Hr. Hillmann erhielt das Wort zu seinem Referat, und in einstündiger waktiger Rede legte er an der Hand niederschmetternder Statistil die Schäden und Mängel der heutigen Gesellschaft bloß. Durch die Geschichte bewies er, auf welche Weise die eine oder die andere Klasse sich durch Organisation von den herrschenden Gesellschaftsklassen emanzipirte. Organisation kennzeichnete er als einziges und Radikalmittel, durch welches es der Arbeiterklasse dereinst gelingen wird, sich zu befreien.

Am Schluß kurz auf die vor der Thür stehenden Reichstagswahlen eingehend, wurde nun die lebhafteste Debatte mit den Mitgliedern des A. d. A. B. eingeleitet. Man erinnerte uns an das Prinzip; sich darauf stehend, sei man erzwungen (moralisch gezwungen), für die Wahl eines Sozialdemokraten (Hrn. Hartmann aus Hamburg) thätig mitzuwirken. Von unserer Seite wurde erwidert, daß man durchaus das Prinzip nicht verlege, daß man bei jeder Parteihandlung dasselbe im Auge halte und darnach handle, daß aber ein offizielles Zusammengehen nicht möglich sei, das liege in taktischen Gründen. Individuell thue Jeder, was ihm

zum Heile unserer Sache (der Sache der Arbeiter) nöthig erscheine. Es wurde darauf hingewiesen, wie man noch vor einem Jahre, als Schreiber dieses die Artikel über die Einigungsversuche im „Volksstaat“ in der Versammlung des Allg. d. A. B. vorlas, diese Einigungsversuche ganz stolz ignorirte. Es freue uns jetzt aber sehr, daß sich in der Zeit die Ansichten geändert, so daß wir jetzt zu freundschaftlichem Zusammengehen aufgefordert werden; und noch mehr sollte es uns freuen, wenn dies nicht nur deshalb geschehe, weil man uns augenblicklich zur Wahl braucht.

Die Debatte war sehr lebhaft, und hätte uns nicht der anwesende Polizeibeamte daran gehindert, wir hätten die ganze Nacht über die Angelegenheit debattirt. Zum Schluß wurde aufgefordert, sich einzuziehen in die ausliegende Parteiliste, und einige neue Kämpfer für die große Sache des Proletariats wurden gewonnen.

Kassel. Genossen! In der letzten Parteiversammlung, der auch zahlreiche Gesinnungsgenossen beiwohnten, wurde nach einem beifällig aufgenommenen Referate von Kleist und dem Unterzeichneten einstimmig Genosse August Bebel, dormalen in Hubertusburg als feinsolender Hochverräter internirt, als Kandidat für den 2. hiesigen Wahlkreis (Kassel-Melsungen) vorgeschlagen und angenommen. Mit aller Kraft verpflichtete sich Jeder, für seine Wahl einzustehen. Es werden hier wahrscheinlich vier Parteien Kandidaten aufstellen. 1) Die Nationalliberalen: Dr. Otto Bähr zu Berlin; 2) die Anhänger des „Neuen“: W. Frid aus Barmen; 3) die Partikularisten mit den Wadern: aller Wahrscheinlichkeit Graf von Verlepsch; 4) die sozialdemokratische Partei: August Bebel.

Wir werden für Bebel alles aufbieten, was in unseren Kräften steht. Gegen den Kandidaten der Herren vom „Neuen“ kommt uns zugute, daß sein moralischer Werth nicht weit her ist; seine eigenen Anhänger konnten ihn, als Kleist in öffentlicher Versammlung ihn einen Lump hieß, nicht anders beden, als daß sie sich von der hiesigen Mauerherberge durch den bekannten Siehe die Sprengkolonne holten, welche dann Pochjustiz an Kleist und wir üben wollten. Nur die zahlreiche Polizei, welche nach ihrer (der Mauerer Anstalt) sich die überwachenden Offizianten holten, verhinderte Robheiten jener dresfirten Menschen. Genosse Reiz wurde Sonnabend in demselben Lokale durch jene Herren unter Aufsicht von Frid und eines Henneberg aus Bremen dertmaßen getödtet, daß ihm das Blut aus Mund und Nase floß. Breslauer! Ihr seht, daß die Sprenggarde überall dieselbe ist. Genossen in Kassel, Freunde in Melsungen! Rüstig vorwärts! Agitirt! Man hat den Beschluß gefaßt, uns nicht mehr sprechen zu lassen. Jetzt wollen wir durch Wort und Schrift erst recht an das Forum des Volks appelliren und zeigen, auf welcher Seite das Recht und die Wahrheit ist. In jeder Versammlung wächst unsere Parteimitgliedschaft. Die 13 „ehrlichen Hallunken“ von Kassel zählen jetzt bereits ca. 50 zahlende Mitglieder, das ist nicht genug; am Schluß des Jahres müssen wir mindestens 150—200 zählen, denn Jeder muß den Tag als verloren ansehen, an dem er nicht einen Mann zum Parteigenossen gemacht. Vorwärts! Durch Kampf zum Sieg! Wagt!

NB. Als Schriftführer fungirt Karl Kleist bei J. Bernhard, Kassel, Ziegenstraße 22. Die Genossen von Hersfeld und Rotenburg werden um Antwort gebeten.

Büdingen. Am 23. November fand hier eine Volksversammlung im Saale des Hutten'schen Gartens statt. Als Tagesordnung war aufgestellt: „Die bevorstehende Reichstagswahl und ihre Bedeutung für das arbeitende Volk.“ Als Referent war erschienen Herr Max Kaiser aus Mainz. Zuerst eröffnete Herr Barthel Bedeffer von hier die Versammlung und ließ ein Bureau wählen, in welches Matthias Bedeffer als erster, A. Seemann als zweiter Vorsitzender und Unterzeichner als Schriftführer gewählt wurde. Darauf erhielt Herr Kaiser das Wort. Er referirte sehr gut über die Tagesordnung, indem er genau erklärte, aus welchen Volksvertretern der heutige Reichstag bestände. Er überzeugte die Anwesenden, daß es ihre Pflicht sei, nur solche Männer in den Reichstag zu senden, die entschieden für das arbeitende Volk eintreten würden, aber nicht Männer, wie Prof. Dr. Serstner, der ein Gegner der Arbeiter sei.

Zum Schluß der Versammlung theilte Herr M. Bedeffer mit, daß Herr Grillenberger aus Nürnberg als Kandidat von unserer Partei aufgestellt worden wäre, welche Mittheilung von der Versammlung beifällig aufgenommen wurde. Diese Volksversammlung war sehr notwendig, da seit Walster's Hiersein keine weitere Versammlung abgehalten worden ist. Die besten Erfolge stehen in Aussicht.

Johann Siebenbürger, Schriftführer.

Mannheim. 25. Novbr. Laut Beschluß der hiesigen Parteigenossen ist im Wahlkreis Mannheim Parteigenosse A. Sabor aus Frankfurt aM. einstimmig als Candidat gewählt und hat derselbe bereits die Annahme telegraphisch zugesagt.

Wir sind fest am Agitiren; alle anderen Parteien sind noch zurückhaltend; wir werden einen schweren Kampf bekommen, das thut aber nichts. Eine etwaige Niederlage soll uns wenig betreffen, durch die Wahl eines eigenen Kandidaten wollen wir nur unsere Kraft probiren und gleichzeitig dokumentiren, daß wir den Reichstag in seiner jetzigen Zusammensetzung verurtheilen. Wir haben lange genug das Stimmvieh abgezogen. Keine Partei hat dem Arbeiterstand wahrhaft zu helfen versucht, darum, Arbeiter aller Schattirungen, Partei- oder Nichtparteiigenossen, helft uns unsern Sabor durchbringen, schließt Euch uns an, denn das steht fest, daß uns kein Sozialdemokrat im Reichstag schon etwas verdorben hat.

Am Sonntag, den 23. d. M. hielten wir eine Volksversammlung in Weinheim ab. Tagesordnung war: 1) Die Reichstagswahl, Ref. Erhardt; 2) die indirecten Steuern, Ref. Vorbach. Parteigenosse Erhardt legte in einstündiger Rede auseinander, mit welchen Segnungen und der erste Reichstag beglückte; er formulirte die Forderungen, auf welche hin wir unserm Kandidaten am Wahltag in geschlossener Phalanx unsere Stimmen geben und alle andern Candidaten entschieden ablehnen würden. Referent wurde mit großem Beifall belohnt. Punkt 2: die indirecten Steuern, wurde vom Parteigenossen Vorbach ebenfalls unter großem Beifall behandelt. Mancher von den Anwesenden wurde erst jetzt gewahrt, wie ungerecht diese Steuern sind und wie schwer dieselben größtentheils auf dem arbeitenden Volke lasten.

Zum Schluß forderte Erhardt die Weinheimer Gesinnungsgenossen zur Bildung eines Wahlcomit'es und einer Mitgliedschaft der sozialdemokratischen Arbeiterpartei auf, wobei sich 37 Mann bereit erklärten, mit unserer Organisation sich bekannt zu machen und in nächster Zeit eine Mitgliedschaft zu gründen. An unserer badisch-hessischen Verzögerung wäre ein sehr ergiebiger Feld für uns, es fehlt bloß an gehöriger Agitation. Nach Schluß der Versammlung verweilten wir noch eine Stunde in freundschaftlichem Gespräch, dann trennten wir uns mit dem Versprechen, nächstens mit unserm Sabor wieder zu kommen.

Erwähnt sei noch, daß der überwachende Beamte nach Schluß des Ehrhardt'schen Referats dem Vorsitzenden aufgab, dafür zu sorgen, daß keine weiteren Beleidigungen ausgesprochen würden, sonst sehe er sich genöthigt, von seiner Amtsgewalt Gebrauch zu machen. Ehrhardt hatte nämlich gesagt, der heutige Beamtenstand sei zu zahlreich und lasse wie ein Alp auf dem Volke.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Darmstadt, 20. Nov. Wenn seit geraumer Zeit die Leser des „Volkstaat“ nichts von uns hörten, so mögen sie ja nicht daraus auf etwaige Unthätigkeit der hiesigen Mitglieder schließen. Wir haben fast jeden Sonntag eine Versammlung in einem Orte unseres Wahlkreises. In den meisten der Orte können wir jedoch keine Mitgliedschaften zu Stande bringen, da sie fast ausschließlich von Landarbeitern bewohnt sind. Dennoch aber gewinnen wir uns Freunde und machen uns zum Mindesten den Leuten bekannt, was mit Rücksicht auf die Wahlagitatio unbedingte Nothwendigkeit ist. In einem Orte jedoch glauben wir festen Fuß fassen zu können.

Griesheim muß „genommen werden“, war die Parole — und wie es dabei zugeht, will ich zum Gegenstand des heutigen Berichts machen. Man kann dann zugleich die Art unserer Agitation bewerkstelligen. — Ein Griesheimer Arbeiter in Darmstadt wurde zunächst gewonnen und mit ihm ging Genosse Löbner zu einer Privatbesprechung nach dort. Von mehreren Parteimitgliedern begleitet und unterstützt, gelang es sofort, einige einflussreichere Arbeiter zu gewinnen, die die Einberufung einer Volksversammlung in die Hand nahmen und für deren Besuch sorgten. In dieser Versammlung hatten wir gleich einen weiteren Sieg zu verzeichnen. Löbner sprach über die Zustände im neuen Reich und nahm dabei besonders auf die ländliche Bevölkerung Rücksicht. Nachdem er seinen anderthalbstündigen Vortrag beendet, begehrte der Bürgermeister das Wort. Dieser Mann ist ein seltenes Exemplar. Conservativ-liberal von Gesinnung, haben ihn doch die Liberalen in's Schlepptau genommen, und er ist ein guter Agitator für sie, denn er nimmt kein Blatt vor den Mund und spricht in Volksversammlungen, wozu nur wenige seiner Kollegen den Muth haben. Also er sprach und tadelte zunächst den Vordredner, daß er zu schwarz sehe. Auch er (der Bürgermeister) sei z. B. kein Freund der stehenden Heere, aber da die Franzosen „so übermüthig“ sind, so müsse Deutschland „hart“ sein. Ferner sagte er, sei hier kein Boden für „extreme Ideen“, denn die Gemeinde Griesheim sei reich und ohne Schulden, eine Oase in der Wüste. Er schloß: „meine Griesheimer sind glückliche Leute“.

— Löbner betrat wieder die Rednertribüne und gab zunächst die gebührende Antwort auf das Kapitel von den Franzosen, schilderte in kurzer, aber lebhafter und eindringlicher Weise das Programm der Sozialdemokratie, und bewies, daß die „extremen Ideen“ nichts anderes seien, als das Streben nach wahren Rechten und wahrer Freiheit. Und die Bewohner Griesheims hätten die Pflicht, ihren Nachbarn in der Wüste zu helfen, gerade deshalb, weil sie, wie der Herr Bürgermeister sagte, „glückliche Leute“ seien. Allgemeines Gelächter behobte den Vorwitz des Gemeindevaters, mit dessen Ruhe es jetzt vorbei war. Er sprach auf, tadelte den Redner, den Vorsitzenden und schließlich seine Gemeinde, daß sie sich unterstehen konnte, ihn auszulachen und einem Fremden Beifall zu zollen. Es half aber nichts; die erste Wresche in die bürgermeisterliche Alleinherlichkeit war fertig. Nächsten Sonntag wollte Löbner wieder zu einer Privatbesprechung hinaus, traf jedoch dort eine Generalversammlung des Kriegervereins. Unsere Griesheimer Freunde luden ihn ein, die Versammlung zu besuchen und einen Vortrag zu halten. Der Bürgermeister, diesmal Ehrenpräsident, warnte wieder pflichtschuldigst vor „extremen Ideen“, denn sonst —! Nun, der Vortrag begann; Löbner sprach ungefähr eine halbe Stunde. Er sagte den Mitgliedern, daß die Idee, welche sie zur Gründung des Vereins veranlaßte, sehr edel sein möge, aber sie sollten einmal die nationalen Zeitungen lesen, da würden die Kriegervereine nur als die Hausrecht der liberalen Clique betrachtet und von ihnen verlangt, sie sollten den Büttel gegen die Sozialdemokraten abgeben. Redner ermahnte die Krieger, zu bedenken, daß der Feind nicht nur auf dem Schlachtfelde stehe, sondern am ärgsten in den heutigen unbilligen Gesellschaftsverhältnissen hervortrete; sie sollten Soldaten der Freiheit und des Rechts werden; die brauchten keine Feuerwaffen, nur festen Anschlag an die Organisation und Ausdauer. Stürmischer Beifall lohnte den Redner. Man gab sich das Versprechen, am nächsten Sonntag eine Volksversammlung abzuhalten. Dies geschah, und hatte die Volksversammlung den Erfolg, daß eine Mitgliedschaft von 30 Mann sich bildete. Zum Vertrauensmann wurde Jakob Stelz ernannt.

Mit sozialdemokratischem Gruß:
F. Schwing, Vertrauensmann.

Pforzheim. Das Organ der Gold- und Silberarbeiter, der „Genossenschaft“, richtet an die Hanauer Gewerkschaften beherzigendste Worte, die wir hier zum Abdruck bringen: „An die Hanauer Gewerkschaften! Wie es Euch wohl allen bekannt sein wird, werden bis zum nächsten Jahr im März die Wahlen zum deutschen Reichstag stattfinden, daß die Arbeiter Hanau's selbstständig bei dieser Wahl vorgehen, ist ebenfalls bekannt; ebenso müßt Ihr gewiß schon durch das Lesen des Vereinsorgans (Genossenschaft) über Eure Klassenlage klar geworden sein, daß nur der Arbeiterstand allein befähigt ist, seine Interessen am besten zu vertreten. Die preussischen Landtagswahlen geben Euch einen schlagenden Beweis, daß die herrschenden Klassen im Arbeiterstandes nicht daran denken, die drückenden Verhältnisse des Arbeiterstandes zu lindern, Pfaffen und Bourgeois, auch hohe adelige Herren, sind wiederum die alleinigen Vertreter (resp. preussischen Volkes), was diese Herren wohl für das Volkwohl und hauptsächlich für den Arbeiterstand thun werden, darüber brauche ich wohl keine lange Auseinandersetzung zu machen, es gilt also vor allen Dingen dem Arbeiterstande eine Vertretung zu schaffen, daß auch seine Interessen auf die Tagesordnung gesetzt werden, nicht länger mehr darf der Arbeiter von jenen Heuchlern sein Heil erwarten, selbst muß hier Hand an das Werk gelegt werden, die Kräfte dazu sind vorhanden, nur Eure Einsicht und Euer Wille ist erforderlich, um in dieser Hinsicht mit Erfolg zu wirken; oder solltet Ihr vielleicht gar der Meinung sein, daß der Arbeiterstand keine Vertretung brauche? Ich denke, daß so tief das Bewußtsein von Recht und Wahrheit nicht gesunken, auf daß die Goldarbeiter Hanau's dies beglaubigen könnten, wohl bilden die Goldarbeiter Hanau's lieber den Schweiz anderer Gesellschaftsklassen, als daß sie die Spitze ihres eigenen Standes bilden, dies ist bis jetzt noch eine traurige Wahrheit, aber wenn Ihr einmal einseht, daß eine Vertretung nothwendig ist, nun, so müßt Ihr auch consequenter Weise zu diesem Stande halten, dem Ihr angehört. Gerade unsere Branche ist mehr denn alle, den politischen Einflüssen unterworfen und in einer andern Branche ist die Ausbeutung mehr vorhanden, als bei uns, dies alles aber hängt genau mit den herrschenden Staatsverrichtungen zusammen, über welche ich hier keine Erläuterung geben brauche. Ein wenig Nach-

denken wird Euch dies Alles zum Bewußtsein bringen, darum ist es nöthig, daß die Gewerkschaften Hanau's sich darüber besprechen, in wie weit der Kampf um das Recht und die Vertretung des Arbeiterstandes zu unterstützen ist, jedenfalls werden die Gewerkschaften den andern Gewerkschaften nicht zurückstehen, jetzt schon haben die Holzarbeiter, ebenso ein Theil der Metallarbeiter und Cigarrenarbeiter ihre pecuniäre Unterstützung zugesagt und bethätigt, und auch die Gold- und Silberarbeiter Hanau's werden ihr Möglichstes thun, um den Sieg der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu erwirken. Deshalb soll eine Besprechung über diesen Gegenstand stattfinden und selbstverständlich sind hier nicht nur die Mitglieder unseres Vereins, sondern alle in der Gold- und Silberbranche thätigen und sich dafür interessirende Genossen eingeladen.“

Klagenfurt (Oesterreich). Der Strife der hiesigen Schuhmacher droht ein langwieriger zu werden, da die Meister keine Lust zeigen, nachzugeben. Wir ersuchen daher alle Gewerksvereine Deutschlands, uns nach Kräften zu unterstützen.

Das Strife-Comité.
Adresse: Auering, Schulhausgasse 185, Schriftführer der ersten Producenten-Gesellschaft.

Genf, 23. November. Die Buchbinder in Zürich, Mitglieder des Schweizer Arbeiterbundes, sind im Begriffe, vermittelst gemeinschaftlichen Vorgehens eine Verbesserung ihrer Lage herbeizuführen. Der Durchschnittslohn derselben ist jetzt nur 18—20 Francs, gewiß kümmerlich, kann aber durch einiges Zusammenhalten leicht erhöht werden. Nun ist aber der Zuzug aus Deutschland stets ein beträchtlicher und wollten wir hiermit unsere Parteigenossen Deutschlands brüderlich ersuchen, jeden Zuzug von Buchbindern nach Zürich abzuhalten. Die Arbeiter aller Länder sind solidarisch, möge man in diesem Falle nun das Gefühl der Solidarität dadurch bethätigen, daß man unsern Besuch nachkommt. — Mit sozialdemokratischem Gruß

Ramens des Bundescomités vom Schweizer Arbeiterbund:
Bruno Gutsmann, Jac. Hürzeler.

Dortmund, 24. November. Es ist eine alte Gewohnheit der Leiter des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins, bei ihnen günstig erscheinender Zeit ihre Agitatoren Ausflüge machen zu lassen. Wir erinnern nur daran, wie sie im Frühjahr d. J. nach Nord und Süd ihre Agitatoren ausschliefen ließen, namentlich nach solchen Gegenden, welche augenblicklich der renomirten Agitatoren ihrer Richtung entbehren. Welch Wunder, wenn einmal die agitatorischen Kräfte der sogenannten Ehrlichen (Eisenacher) aus eigenem Antriebe eine solche Freiheit sich erlauben.

Unsere Lokalführer brachten in den letzten Tagen die Anzeige, daß hierorts, als am gestrigen Tage eine allgemeine Versammlung abgehalten werden sollte, um Aufschluß über Zweck und Organisation der Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung zu geben. Eingeladen waren besonders Freunde und Gesinnungsgenossen der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“. Die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins, welche hier sehr stark vertreten sind (sie geben ihre Zahl auf 500 an), waren wie gewöhnlich auf Kommando schon frühzeitig auf dem Platze, um der Dinge zu warten, die da kommen sollten. Einbrüder der Versammlung war, wie sich herausstellte, Raspe aus Essen, welcher in Begleitung Scheit's aus Bielefeld die Versammlung 11^{1/2} Uhr eröffnete, und zur Einleitung über Zweck und Nutzen der Versammlung, welche er einberufen, einige Erklärungen vorausschickte. Die Rede zur „Gesundheitsordnung“, „Bureau wählen“ etc. verhinderte ihn jedoch an der Ausführung derselben. Trotz wiederholter Aufforderung an die Versammelten, sich doch etwas zu gedulden, sah er sich genöthigt, dieselbe wegen zu großer Unruhe und Aufregung auf 5 Minuten zu vertagen. Nach Ablauf derselben wollte er seine Einleitung mit kurzen Worten beenden, jedoch erneuter Tumult zwang ihn abermals zu einer Vertagung auf 5 Minuten. — Jetzt sprang aber Seeling, der hier fest angestellte Agitator des „Neuen“, auf den Bureautisch zu, entriß Raspe die Klingel und wollte nun aus eigener Machtvollkommenheit die Leitung der Versammlung übernehmen. — Raspe war resolut genug, als Einbrüder unter solcher Pression von seinem Rechte Gebrauch zu machen und die Versammlung für geschlossen zu erklären. — Fast gleichzeitig erhob sich auch der anwesende Polizeicommissar und erklärte die Versammlung im Namen des Gesetzes für aufgelöst. Ein mehrfaches Bravo folgte auf diesen Akt und unter dem so oft mißbrauchten Liede: „Wohlan wer Recht und Wahrheit achtet“, welches jedoch bald unterdrückt wurde, verließen die Versammelten den Saal, um sich in den untengelegenen Lokalführern ihres vermeintlichen Sieges zu erfreuen. Dort zeigten sich die Früchte der Agitation von Berlin im rechten Lichte. Nur mit genauer Noth durch Intervention einiger Verantwortlicher, entgingen die Einbrüder und deren Freunde aus Witten den rohesten Insulten. — Wie oft haben die Agitatoren des „Neuen“ das Gastrecht beansprucht und auch erhalten, wo unsere Partei in der übergroßen Mehrzahl vorhanden war. Weßhalb, so fragt man sich, creiren diese Leute sich so sehr gegen uns? Haben die meisten von ihnen eine Ahnung davon, daß der unfehlbare Allgemeine deutsche Arbeiter-Verein auf so schwachen Füßen steht, daß selbst der einfache Besuch von ein paar „Ehrlichen“ seine Grundfesten erschüttern oder brechen machen kann?

Erwiderung.
Da gegen mich anlässlich der Aufforderungen in Nr. 47 und Nr. 110 des „Volkstaat“ und namentlich von den Mitgliedern der Schneidergewerkschaft ein verlegendes Mißtrauen zur Schau getragen wird, sehe ich mich veranlaßt, zu fragen, ob Jemand im Stande ist, mir zu beweisen, daß ich meine Schuld an Gerstmeier in München nicht abgetragen habe. Der Postschein über die Einzahlung ist noch in meinen Händen.

Dem Einsender in Nr. 110 diene zur Antwort, daß ich meine Schuld (1 fl. 17 kr.) abtragen werde, sobald ich in den Besitz der zurückgelassenen Stiefel, die ich auf 3 fl. schätze, gelangt bin. Wer ohne Hehl ist und noch niemals in Schulden gerathen ist, der werfe mit Steinen nach mir. Ich kann dreist Jedem ins Angesicht schauen und schäme mich meines Namens nicht.
Franz Ueber, Weidnerstraße 283, 2 Stiegen, Pforzheim.

Briefkasten
der Redaktion. Augsburg und Nürnberg: Für die zugesandten Blätter bedanke ich mich sehr herzlich. Wir werden noch einmal auf die Sache zurückkommen. I. R. in Wien: Vielleicht läßt sich die Sache verwenden. Wir werden uns darüber mit dem Anstalt verständigen. I. in E.: Das Eigenthum nach den verschiedenen Weltanschauungen“ von Dr. Valentin Mayer, ist jetzt angekommen. Es kann losgehen.
der Expedition. Tübingen Renedorf Schr. 10 Gr. Oelmann Seelen Schr. 12 Gr. Eibrdn Thingen Schr. 7 1/2, Ad. Lu. 9 1/2. R. v. Weisau Schr. 8 Gr. Hermann Weerane Schr. 1 10. Fr. Hof hier Nr. 10. Pfl. Freudenthal Nr. 4. Da. 1. 14. Schr. 7 Gr. Edt. Witten Schr. Ann. 2 10. S. Otmann Genf Schr. 1 10. 3 1. Böhmer hier Schr. 9 Gr. Sieders Nowanowes Ihre Ann. kam einen Tag zu spät versagen Sie über d. 5 Gr. R. v. Röhren Schr. 10. P. v. Sigmaringen Schr. 24 Gr. Rühr-

Riedersacker Schr. 7 Gr. R. v. Grimma Schr. 11 Gr. Jans Elberfeld Schr. 6 Gr. R. v. Berlin Schr. 22 Gr. Schr. hier Schr. 18 Gr. Lammert Gotha Schr. 8 1/2. R. v. Göttingen Schr. 2 1/2. R. v. Göttingen Schr. 9 Gr. Schr. Kiel Schr. 6 Gr. Eduard Grottelinde Schr. 10 Gr. Fr. St. Berlin Schr. 1 1/2. 3 22 5. R. v. Cannstadt Schr. 1 1/2. Dr. J. v. J. Schr. 5 1/2. R. v. Königsberg Schr. 20 Gr. Bruno Gaudau Schr. 1 1/2. 2 15. R. v. Köln Schr. 1 1/2. 8 20. Dr. Fr. H. Schr. 1 1/2. 4 25. R. v. Leipzig Ann. 20 Gr. R. v. Mühlhausen Schr. 1 1/2. 1 11. Straß. Soest Schr. 13 Gr. R. v. Straß. Harburg Schr. 7 Gr. W. v. W. Schr. 3 1/2. R. v. Ost. Berlin Ihre Annoucen trafen Rati Wittwoch erst Donnerstag hier ein, deshalb für Nr. 117 zu spät. R. v. Göttingen Ann. 10 Gr. R. v. Göttingen Berlin: Wenn wir rechtzeitig die Annoucen erhalten, kommen solche auch bestimmt in's Blatt. R. v. München: Die für Res. bestellten Kalender sind lange abgehandelt, Sie bestellte für sich keine, heute senden wir Ihnen 1 Dugend.

Berlin Sozialdemokratische Arbeiterpartei.
Bezirksversammlungen.
Montag, den 1. Dezember, Abends 8 Uhr,
Badwisch Local, Admiralstraße 11, Eingang vom Hof:
Die Stellung der Kleinbürger in der heutigen Gesellschaft. Referent: Meißner.
Dienstag, den 2. Dezember, Abends 8 Uhr,
Café Handmann, Elisabethstraße 17, Eingang vom Hof:
Vortrag von Feinich. — Verschiedenes.
Um zahlreiche Theilnahme, umso mehr, als wichtige Mittheilungen vorliegen, ersucht
Das Revisions-Comité.

Bremen Sozialdemokratische Arbeiterpartei.
Die Parteiverksammlungen finden bis auf Weiteres jeden Montag Abends 8 Uhr im „Stuttgarter Hof“, Grafenstraße 30/31, statt.
Pflicht aller Parteigenossen ist es, pünktlich und bestimmt zu erscheinen und für die Einführung neuer Gesinnungsgenossen Sorge zu tragen.
Der Vertrauensmann.

Dresden Arbeits- & Wohnungsnachweis von C. J. Evans, im Arbeiterbildungsverein, Palmstrasse 20. [R.]

Großhain Sozialdemokratische Arbeiterpartei.
Montag, den 1. Dezember, Abends 8 Uhr:
Versammlung bei Liege, Frauengasse 311, und dann jeden Montag nach dem 1. und 15. jeden Monats.
Gäste immer willkommen.
Der Vertrauensmann.

Hamburg Soz.-dem. Arbeiterverein.
Montag Abend 9 Uhr: Versammlung im „Orpheum“, Neustädter Neustraße 25. — Tagesordnung: Reichstagswahl.
Alle Mitglieder werden eingeladen.
G. E. B.

Leipzig Allgemeiner deutscher Schuetterverein.
Dienstag, den 2. Dezember Abends 8 Uhr: Versammlung, Gewandhäuser Nr. 4, 1.
Die Mitglieder werden ersucht, die Versammlungen regelmäßiger zu besuchen.
D. S.

Leipzig Gewerkschaft der Metallarbeiter.
Sigung den 1. Dezember 1873, bei Arnold, Neustädterstraße Nr. 10.
Tagesordnung: Vortrag. — Aufnahme neuer Mitglieder.

Thonberg u. Umgegend Arbeiterverein.
Montag, den 1. Dezember:
Versammlung. — Vortrag. — Diskussion. — Fragekasten.
Sonntag, den 30. November, Abends 7 Uhr: Soziales Beisammensein mit Familie, im Gasthof zum Thonberg, im Vereinslokal.
Der Vorstand.

Quittung
Über die Beiträge, die mir zu dem Siegert'schen Projektions zugewandt sind: Vom Particularkapital 10 Thlr. Bei einer Versammlung in Planitz gesammelt 2 Thlr. 3 Gr. Von den Zwickauer Mitgliedern Thlr. 16 27. Seit kurzem im Besitze des ganzen Betrages sage ich hiermit meinen herzlichsten Dank. Ueber die Beiträge zu dem zweiten Projektions werde ich feinerzeit Rechnung legen.
Zwickau. J. Dohauer.

Quittung
Für Ferd. Dreißel aus Meerane gingen ferner ein: Von d. Exp. d. „Gr. Progr. u. Verstr.“ Thlr. 1 17 5, von C. B. aus Crustthal 7 Gr. 24. Thlr. 1 24 5. E. Fettermann, Vertrauensmann.
Meerane, den 28. November 1873.

Ein ordentlicher junger Mensch der Glaser leeren möchte, findet in meiner Werkstatt Aufnahme. Resonanzwürdige Behandlung selbstständig. Wenn gewünscht, übernehme ich alle Kosten und Kündigung. Befähigung am Familientisch. Reflectirende wollen sich bei mir melden.
C. E. Stormer, Glasermeister, Königsberg.

Vassalle's Schriften.
Um mit dem Rest des bedeutenden Werkes: „Herr Julian Schmidt, der Literaturhistoriker“, mit Seher'schollen, herausgegeben von F. Vassalle zu räumen, empfehle ich Unterzeichneten allen Arbeitern dasselbe sich anzuschaffen, und zwar zum bedeutend herabgesetzten Preise von 10 Gr. à Bd. Bei mehr als 12 Bd. à 6 Gr.
Leipzig Julius Köhling, Köhnerstraße 15.

Zur Nachricht
für die Besteller auf das „Volkstaat Fremdwörterbuch“ diene, daß dasselbe vor Jahreschluss nicht zum Verstand fertig wird.
Die Buchhandlung des „Volkstaat“.

Unterhofen,
baumwollene (glatte) beste Qualität in 3 Mannesgrößen à Dyd. 8, 9, 10 Thlr. versendet unter Nachnahme und Portovergütung im Dugend wie im Einzelnen.
Alle Parteigenossen bitten um gütige Abnahme
Adolph Börner aus Weßelsburg (in Sachsen).

Hochwichtig für Herren-Schneider.
Das Lehr-Institut für Herrenschneider in Radoberg bei Dresden beginnt seinen Cursus Anfang Januar 1874.
Unterricht im Maßnehmen und Zuschneiden nach der rühmlichst bekannten Methode des Herrn F. A. Mayer, verbunden mit Buchführung, Correspondenz etc.
Tschucke & Mayer.
Prospekte gratis. (68.)

Abonnements auf den „Volkstaat“
für den Monat Dezember zu 5 1/2 Neugroschen werden bei allen deutschen Postanstalten, für Leipzig zu 6 Ngr. bei der Expedition, Zeigerstraße 44, und bei dem Colporteur Müller; für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für Volkmarzdorf, Reudnitz, Reuschönfeld etc. bei D. Stelzer, Reudnitz, Kapellengasse 11, 2 Tr., für Blagwitz und Lindenau etc. bei Frau Höbe, Hofmarkt Nr. 9, in Lindenau, für Sonnweitz etc. bei Teubert, Vornaische Straße 197, für Kleinzschodder und Umgegend bei Fleischer, Nr. 87 daselbst entgegengenommen.
Parteigenossen! ermüdet nicht, auch fernerhin allorts nach Kräften zur Weiterverbreitung des Particiorgans beizutragen.

Die Redaktion und Expedition des „Volkstaat“.
Leipzig: Verantw. Redakteur: R. Seiffert (Redaktion u. Expedition Zeigerstr. 44.) Druck und Verlag der Genossenschafts-Druckerei.